



Das Familienheim

Fachorgan der Katholischen Familienheimbewegung

Aus dem Inhalt

Baulandpreise

Die Preise für Bauland sind ein wichtiger Kostenfaktor beim Hausbau. In den vergangenen Jahren sind die Preise stark gestiegen.

3

Schulanfang

Viele Kinder kommen nach den Ferien in die Schule. Sie und ihre Eltern müssen sich darauf vorbereiten. Insbesondere der Schulweg muss mit den Kindern eingeübt werden.

4

Ehegattensplitting

Der katholische Familienbund setzt sich weiter für das Ehegattensplitting ein – das Familiensplitting kann eine Ergänzung sein.

5

Perfekt vorbereitet

Der Papst besucht im September seine Heimat. Bei dieser Reise wird nichts dem Zufall überlassen.

9



Zufrieden mit ihrem Verband zeigten sich die Delegierten der Verbandsversammlung in Recklinghausen. Einstimmig wurden die Vorstände in ihre Ämter gewählt

Foto: dialogpress

Verband ist für die Zukunft gut aufgestellt

„Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen Missstand, über den wir reden müssen. Die Eigenheimquote ist im Vergleich zu den anderen westdeutschen Ländern zu gering“, sagte Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr in Nordrhein-Westfalen, während der Verbandsversammlung der nordrhein-westfälischen Diözesen der katholischen Familienheimbewegung in Recklinghausen. Er nahm vor den Delegierten der Familienheimbewegung kein Blatt vor den Mund. „Gerade im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern liegen wir mit 39 % Eigenheimquote weit unter dem Durchschnitt“, sagte der Minister. Vor allem den Familien müssten mehr Hilfen zukommen, damit sie sich die eigenen vier Wände leisten könnten. Die eigene Immobilie sei weit mehr als ein Anlagewert, sie biete gerade für junge Familien das entsprechende Lebensumfeld. Somit wolle die

Landesregierung durch gezielte Förderprogramme gerade auch sozial schwächeren Familien die Möglichkeit zum Eigenheim eröffnen. „Es gibt dabei zwei Förderkriterien: Ballungsraum und Kinder“, sagte der Minister. Durch die Ballungsraumförderung solle unter anderem die Stadtfucht vermieden werden. Wie Wittke weiter ausführte, sollen die Familien vor allem mit zinsniedrigen bis zinslosen Darlehn gefördert werden. „Diese können gegenüber der Bank als Eigenkapital eingesetzt werden, sodass die Bauherren auch bei der Hausbank einen besseren Zinssatz erhalten“, sagte Wittke. Wohnraumförderung, so Wittke, solle die Eigeninitiative von Familien unterstützen, ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips aus der katholischen Soziallehre. Schließlich hofft Wittke auch darauf, dass durch eine attraktive Baulandpolitik eine aktive Strukturpolitik in den Kommunen betrie-

3

3. Quartal 2006

55. Jahrgang

Neubrückenstraße 60

48143 Münster

Telefon (0251) 4901811

Telefax (0251) 4901818

E-Mail: info@vks-muenster.deInternet: www.vks-muenster.de

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

zum „Wunder von Ber(li)n“ hat es bei der Fußballweltmeisterschaft in unserem Land nicht ganz gereicht. Ein kleines Wunder ist dennoch geschehen. Die positive Stimmung, die trotz aller Probleme das ganze Land in dieser Zeit erfasst hat.

Die Bundesregierung hat diese Zeit genutzt, die größte Steuererhöhung aller Zeiten durchzuführen. Der Sparerfreibetrag wurde fast halbiert, die Pendlerpauschale drastisch gekürzt und die Mehrwertsteuer um drei Punkte erhöht. Außerdem wurde die Altersgrenze für die Zahlung von Kindergeld um zwei Jahre gesenkt und auch das häusliche Arbeitszimmer gehört zukünftig in den meisten Fällen der Vergangenheit an. Die Bundesregierung hält diese Maßnahmen für zumutbar – „damit wir unseren Kindern und Enkelkindern keine Schuldenberge vor die Füße kippen“, so der Finanzminister. Fazit: Geld aus den Taschen der Bür-

ger zu beschaffen ist einfacher, als drastisch zu sparen.

Wenn Politiker aber von Konsolidierung und sparen im Haushalt sprechen, ist nicht das Sparen gemeint, was wir Bürger unter (ein)sparen verstehen.

In den öffentlichen Haushalten wird schon dann von „sparen“ und „konsolidieren“ gesprochen, wenn im nächsten Jahr zum Ausgleich des neuen Haushaltes ein neuer Kredit aufgenommen werden muss, der etwas geringer ist als der Kredit vom Vorjahr.

Die Kredite der Vorjahre wurden aber nur mit Zinszahlungen bedient - getilgt wurde davon bisher nichts. Wenn wir dieses „Spielchen“ in unserem privaten Haushalt genauso machen würden, wären wir alle schon lange hoffnungslos überschuldet.

Nur wenn Schulden tatsächlich abgebaut werden und Ausgaben ver-

ringert werden, kann von Konsolidierung gesprochen werden. Sparen bedeutet, etwas nicht auszugeben. Nur das hilft den kommenden Generationen.

Ich hoffe, die verantwortlichen Politiker schauen einmal auf das, was Jürgen Klinsmann trotz vieler Wiederstände und Stolperfallen im Vorfeld mit seiner Mannschaft erreicht hat: Er hat alte Zöpfe abgeschnitten und hat dabei einen sehr dornigen Weg beschritten.

Und er hat Erfolg damit gehabt.

Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen Spätsommer und einen goldenen Herbst.



Fortsetzung von Seite 1

Verband ist für die Zukunft gut aufgestellt



Minister Wittke

ben würde.

Darauf ging auch Andreas Hesener, Geschäftsführer der Familienheimbewegung, ein. „Es ist ja gut, wenn in den Kommunen Gewerbegebiete zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes günstig angeboten werden. Aber auch die Förderung von Bau-

land ist Strukturpolitik“, sagte Hesener. In seiner täglichen Arbeit dränge sich aber der Eindruck auf, dass dies von den Kämmerern nicht so gesehen werde, sondern mit dem Verkauf von Baugrundstücken versucht werde, Haushaltslöcher zu stopfen. „Gerade

Familien brauchen verlässliche Vorgaben“, sagte Hesener in Recklinghausen. Wer die Familie als Stütze der Gesellschaft bezeichne, habe auch die Pflicht, dieser Stütze eine solide Basis zu bieten. Auch nach dem Wegfall der Eigenheimzulage gebe es zahlreiche Möglichkeiten, gerade Familien bei dem Erwerb von Wohneigentum zu unterstützen. „Wir stehen selbstverständlich auch zu dem Prinzip der Subsidiarität. Das darf aber nicht heißen, dass der Staat Subsidiarität ruft und Sparen bei den öffentlichen Haushalten meint“, sagte Hesener. Wenn man bedenke, dass im Jahr 2005 mehr Geld durch die Kinderkomponente der Eigenheimzulage ausgegeben worden ist als die Bundesregierung zukünftig für das gesamte Elterngeld einplant, sei die Frage erlaubt, wie sich die Bundesregierung die Förderung eines familiär angemessenen Wohnraums vorstelle. Nach wie vor zeige sich, wie wertvoll angemessener Wohnraum für Familien ist. Kinder hätten weit besse-

re Entwicklungsmöglichkeiten, wenn ihr Wohnumfeld optimal sei.

Optimal ist für das Eigenheim das Umfeld der Familienheimbewegung, darauf verwies Reinhard Stumm, Vorsitzender des Gesamtverbandes. „Ich glaube, wir können ein wenig stolz darauf sein, der katholischen Familienheimbewegung anzugehören, denn der Mitgliederzuwachs geht nicht nur kontinuierlich, nein, er geht steil nach oben“, so Stumm. Dies zeige, dass es einen wirklichen Bedarf nach einem solchen seriösen, vor allem aber auch kirchlich geprägten Verband gebe. Dass der Verband lebe, zeige sich unter anderem daran, dass die Zahlen der ehrenamtlich Tätigen auch weiterhin steige. „Einen besonderen Dank möchte ich hier an unsere älteren Mitglieder richten, die mit ihrer Erfahrung und guten Ratschlägen den Jüngeren den Rücken stärken und somit die Zukunft unseres Verbandes sichern“, so Stumm.

Weiterer Bericht auf Seite 11

Baulandpreise sind drastisch gestiegen

Trotz des anhaltenden Rückgangs im Wohnungsneubau haben die Baulandpreise in Westdeutschland in den vergangenen drei Jahren einen drastischen Preissprung gemacht. Mit 135 EUR lag der durchschnittliche Quadratmeterpreis baureifen Landes 2005 um fast die Hälfte (+46,7 Prozent) über dem für 2002 ermittelten Wert von 92 EUR und um 4,7 Prozent über dem Betrag von 129 EUR im Jahr 2004. Auch in Ostdeutschland sind die Baulandpreise im vergangenen Jahr deutlich von 45 EUR auf 51 EUR (+13,3 Prozent) gestiegen; sie lagen damit aber nur unwesentlich über dem Niveau von 2002 mit 50 EUR. Auf diese Entwicklung hat das ifs Städtebauinstitut jetzt in Berlin hingewiesen.

Durch den hohen Anstieg in den westdeutschen Bundesländern sei auch der bundesdeutsche Durchschnittswert deutlich von 80 EUR im Jahr 2002 um 43,8 Prozent auf 115 EUR pro Quadratmeter im Jahr 2005 gestiegen. Allein gegenüber 2004 habe der Quadratmeterpreis um 11,7 Prozent von 103 EUR auf 115 EUR zugelegt. Seit Mitte der 90er Jahre hätten sich die Baulandpreise in Westdeutschland damit annähernd verdoppelt. In Ostdeutschland sei der Preisanstieg – nicht zuletzt wegen der wesentlich größeren Ausweisung an freien Flächen – nur um weniger als ein Viertel gestiegen.

Dr. Stefan Jokl, Leiter des Instituts: „Vor dem Hintergrund der seit 1995 rückläufigen Bautätigkeit hätte man eigentlich sinkende Baulandpreise erwarten dürfen. Das Gegenteil ist der Fall. Offensichtlich haben die Kommunen das Baulandangebot künstlich verknappt. Der Preissprung in den letzten drei Jahren ist zum Teil auch Folge der durch die Diskussion um die Eigenheimzulage ausgelösten Vorzieheffekte im Eigenheimbau.“ Die höchsten Quadratmeterpreise sind nach Angaben des Instituts wie in



Der erhoffte Weg zum Richtfest führt über höhere Baulandpreise.

den Vorjahren in Bayern zu verzeichnen gewesen. Hier hätten Käufer im Jahr 2005 235 EUR pro Quadratmeter (2004: 218 EUR) aufwenden müssen und damit deutlich mehr als in den nächst teureren Bundesländern Baden-Württemberg mit 185 EUR (2004: 175 EUR) und Bremen mit 138 EUR (2004: 118 EUR).

Am Ende dieser Skala lägen die ostdeutschen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern mit 53 EUR (2004: 42 EUR), Sachsen-Anhalt mit 46 EUR (2004: 39 EUR) und Thüringen mit 40 EUR (2004: 39 EUR). Nachdem die Baulandpreise in den ostdeutschen Bundesländern in den vergangenen Jahren zeitweise rückläufig gewesen seien, verzeichneten jetzt insbesondere Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt deutliche Anstiege.

Das Institut weist darauf hin, dass man bei den Stadtstaaten Berlin und Bremen (für Hamburg liegen keine Daten vor) berücksichtigen müsse, dass die Fallzahlen geringer seien, so dass es von daher immer wieder zu stärkeren Schwankungen der Preise als in anderen Bundesländern komme. Dies gelte insbesondere für Berlin.

Jokl: „Wegen der erheblich größeren Flächenreserven in Ostdeutschland dürfte der Abstand bei den Grundstückspreisen zwischen Ost und West noch auf einige Jahre hinaus deutlich bleiben.“ Die Zahl der Verkaufsfälle von Grundstücken sei seit 1999 – parallel zum stark rückläufigen Wohnungsneubau – um fast 40 Prozent eingebrochen. In Westdeutschland sei die Zahl um 34,0 Prozent zurückgegangen, in Ostdeutschland sogar um 52,2 Prozent.

Kundenkarten: Wenig Rabatt für viel Informationen

Unternehmen bieten ihren Kunden Rabatt- oder Bonuskarten an. Doch bereits bei der Beantragung einer Kundenkarte ist Vorsicht angesagt, so

die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Manche Formulare verleiten dazu, persönliche Informationen unnötigerweise preiszugeben. Wer

die Karte einsetzt, erhält häufig nur einen mageren Preisnachlass und wird oft vom Preisvergleich bei der Konkurrenz abgehalten.

Schulanfang: Ein neuer Abschnitt für Kind und Eltern

Still sitzen, konzentriert zuhören, selbstständig arbeiten: Die Schulzeit bringt viel Neues für ein Kind.

Gut, wenn Eltern ihrem Kind vermitteln, dass ein aufregender, manchmal anstrengender, aber grundsätzlich spannender und damit auch erfreulicher neuer Lebensabschnitt beginnt, teilt Stiftung Warentest mit. Ganz besonders hilfreich ist es, wenn ein Kind schon vor dem ersten Schultag die Schule und den Schulhof kennen lernt.

Ein großes Ereignis ist der Kauf des Schulranzens. Kinder wissen oft genau, was gerade „in“ ist. Eltern sollten den Geschmack ihres Kindes berücksichtigen, dürfen aber nicht die Funktion vergessen: Der Schulranzen muss passen, stabil und tragbar sein. Sonst folgen bald Rückenschmerzen und Haltungsschäden. Am besten geht das Kind mit einkaufen und probiert seinen Schulranzen wie ein Kleidungsstück an. Richtig sitzt er, wenn die Ranzenbreite der Schulterbreite des Kindes entspricht. Er sollte dicht am Körper zu tragen sein, verstellbare Gurte und etwa 1,5 Kilogramm Eigengewicht haben. Im gepackten Zustand darf er nicht mehr als zehn Prozent des Körpergewichts des Schulkindes wiegen. Das Namensschild sollte innen liegen, damit Fremde ein Kind nicht mit dessen Namen ansprechen und Vertrauen gewinnen können. Möglichst viele Reflektoren vorne und an beiden Seiten sind ein Muss! Fehlen welche, können Eltern noch einige dazu kleben.

Nahezu jedes Kind möchte seinen künftigen Arbeitsplatz zu Hause mitgestalten und -planen. Vorteilhaft ist ein Kinderschreibtisch, der in der Höhe mitwächst und dessen Arbeitsplatte sich leicht schräg stellen lässt. Dazu gehört ein verstellbarer Kinderschreibtischstuhl, auf dem das Kind bequem sitzt: Seine Füße müssen voll auf dem Boden und die Unterschenkel möglichst senkrecht stehen. Die Oberschenkel sollten waagrecht auf der Sitzfläche aufliegen. Also gilt, erst Probe sitzen, dann einkaufen. Wer am Schreibtisch arbeitet, braucht natürlich das richtige Licht und ausreichend Platz für die Schulutensilien – am besten in einem Regal, in dem das Kind etwa Hefte, Bücher oder Stifte



Der Schulweg birgt Gefahren, darauf sollten die Kinder vorbereitet werden.

ordentlich verwahren kann. Mit Stolz wird es dann schon lange vor dem ersten Schultag seine selbstgewählten „Schularbeiten“ anfertigen, die Eltern entsprechend würdigen sollten.

Die ersten Tage, Wochen oder auch Monate werden die meisten Eltern ihr Kind noch auf seinem neuen Weg in die Schule begleiten. Aber irgendwann ist es dann so weit: Das Kind geht allein zur Schule. Wer Glück hat, wohnt in einer ruhigen Wohngegend, hat die Schule gewissermaßen vor der Nase, und das Kind kennt den Weg schon lange. Wenn nicht, müssen die Eltern mit ihrem Kind den Schulweg trainieren. Das bedeutet mehr als nur ein paar Mal den Weg zur Schule zu gehen und darauf zu vertrauen, dass alles klappen wird. Ein Kind muss verkehrstüchtig werden. Es muss wissen, was es tut, welche Gefahren drohen und was es auf jeden Fall vermeiden muss. Ein paar Tipps zur ersten Trainingsstunde:

> Bringen Sie Ihr Kind am besten zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Bus zur Schule. So lernt Ihr Kind die

Gefahren im Verkehr besser einschätzen, als wenn Sie es mit dem Auto zur Schule fahren.

> Wählen Sie nicht den kürzesten Weg, sondern den sichersten.

> Üben Sie den Weg unter realistischen Bedingungen. Das heißt, morgens um 7.30 Uhr, wenn Schüler und Berufstätige unterwegs sind und jeder hetzt und drängelt.

> Gehen Sie einmal in die Hocke. Was sehen Sie? Wahrscheinlich sehr viel weniger als sonst. Es ist sehr viel schwerer, aus dieser Perspektive den Überblick zu wahren.

> Denken Sie insbesondere in der dunklen Jahreszeit an helle, leuchtende Kleidung, damit die Autofahrer Ihr Kind besser sehen.

> Gibt es in der Nähe Ihrer Schule eine große, vielbefahrene Straße oder ungesicherte, gefährliche Straßenkreuzungen? Wenden Sie sich an die Elternvertretung Ihrer Schule. Sie kann helfen, eine Elternaufsicht als Schulweghelfer zu organisieren oder sich für Schülerlotsen oder gar eine Fußgängerampel einsetzen.

Familienbund: Ehegattensplitting weiter entwickeln

In der Diskussion um das Ehegatten- und Familiensplitting bei der Einkommensteuer differenzieren sich auch die von kirchlicher Seite eingebrachten Argumente. Der Familienbund der Katholiken sprach sich bei der Vorstellung einer Broschürenreihe »Agenda Familie« (Näheres unter www.Familienbund-fdk.de) für die Beibehaltung des Ehegattensplittings aus. Der Kölner Kardinal Joachim Meisner äußerte in einem ausdrücklich als »persönliche Meinung« gekennzeichneten Beitrag Verständnis für ein Familiensplitting.

Das Ehegattensplitting, so der Familienbund, bedeute keine Bevorzugung der Ehe, sondern stelle nur sicher, dass Ehepaare und Familien keine finanziellen Nachteile gegenüber unverheirateten Paaren hätten. Deshalb müsse es unbedingt erhalten werden, eine Abschaffung sei auch aus verfassungsrechtlichen Gründen ausgeschlossen, so Familienbund-Präsidentin Elisabeth Bußmann. Eine »Weiterentwicklung« zu einem Familiensplitting sei aus ihrer Sicht »denkbar«, doch seien so keine Einsparungen für den Staat zu erzielen; »dann kostet das richtig viel Geld«. Zugleich fände eine starke Konzentration der Entlastungswirkung auf Familien mit hohem Einkommen und vielen Kindern statt. Generell kri-

tisierte Bußmann eine »permanente Abwertung der Ehe durch den Gesetzgeber«, die in vielen kleinen Schritten geschehe.

Meisner ging in seinem Gastbeitrag für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« davon aus, dass die »Realität dessen, was in Deutschland ‚Ehe‘ heißt«, sich in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verändert habe. Heute würden viele Partnerschaften, die sich als Ehe bezeichneten und vom Ehegattensplitting profitierten, von vornherein in der Absicht geschlossen, keine Kinder bekommen zu wollen. Der Kardinal: »Solche Beziehungen sind nach katholischem Eheverständnis gar keine Ehen.« Andererseits geschehe Familien mit Kindern »Unrecht«, weil sie zwar die Zukunft aller sicherstellen, ohne dafür aber einen gerechten Ausgleich zu erhalten. Deshalb sei, so Meisner, »die Konstruktion des Ehegattensplittings nicht mehr ein Mittel zur Förderung von Ehe und Familie«. Seine Ersetzung durch ein »reguliertes Familiensplitting« sei »also durchaus eine mögliche Option«. Weder für die eine noch für die andere Position könnten Katholiken aber eine »lehramtliche Autorität beanspruchen«. Gefordert sei vielmehr ein »Mut zur Gestaltung«, um »die Kinder wieder in die Mitte« zu stellen.



Kinder und ihre Familien brauchen finanzielle Sicherheit. Familiensplitting kann eine sinnvolle Ergänzung zum Ehegattensplitting sein. Foto: dialogpress

Kurz notiert

Gericht bestätigt Grundsteuer B

Anfang des Jahres haben viele Hauseigentümer gegen die Erhebung der Grundsteuer B Einspruch eingelegt. Auch die Familienheimbewegung hat darüber berichtet. Auslöser war die Beschwerde zweier Hauseigentümer aus dem Badischen, nach deren Ansicht die Grundsteuer B nicht verfassungskonform ist. Die Beschwerdeführer hatten sich gegen die Steuerpflicht gewandt, weil ein Eigenheim einen Ertrag abwirft, so dass der Fiskus auf die Substanz des Vermögens zugreife. Das Bundesverfassungsgericht hat nun entschieden:

Hauseigentümer müssen wohl auch zukünftig für ihr selbst genutztes Eigenheim die Grundsteuer B zahlen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Beschwerde zweier Immobilienbesitzer aus dem Badischen gegen die Steuer abgewiesen. (Az: 1644/05 – Beschluss vom 21. Juni 2006).

bildungsserver.de hilft Kindern im Internet

Der Deutsche Bildungsserver bietet mit der Rubrik »Mit Kindern Internet und PC entdecken« Orientierungshilfen zu Lern- und Informationsangeboten für Kinder bis zwölf Jahren sowie Anregungen zum Umgang mit Internet und PC. Die Seite soll Eltern, Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern den gemeinsamen Weg mit Kindern ins Internet erleichtern.

Der Informationsschwerpunkt »Internetseiten für Kinder« bietet Hinweise auf Kinderseiten von Fernseh- und Radiosendern, Museen, Städten und Regionen sowie Themenseiten wie zum Beispiel Natur, Tiere, Literatur, Geschichte oder Europa für Kinder.

Ergänzt wird das Angebot durch den Newsfeed »Klick-Tipps für Kinder« und den direkten Suchzugriff auf die Datenbank »Websites für Kinder« des Deutschen Jugendinstituts.

Hochburg der Raucher

In Deutschland wird derzeit über ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen diskutiert. In vielen anderen europäischen Ländern gibt es bereits gesetzliche Rauchverbote oder freiwillige Beschränkungen.

Unterdessen will die EU-Kommission mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof ein Werbeverbot für Tabakwaren in Deutschland erzwingen. Die Kommission wirft der Bundesregierung vor, die Tabakrichtlinie der EU nicht wie vorgeschrieben in nationales Recht umgesetzt zu haben.



Eigenheim-Besitzer erhalten höheres Arbeitslosengeld II

Das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg hat erstmals zu der umstrittenen Frage Stellung genommen, ob die Bezieher von Arbeitslosengeld II

auch die Kosten für die Finanzierung und den Unterhalt eines Eigenheims als Teil des Arbeitslosengelds II verlangen können. Dabei hat das Lan-

dessozialgericht entschieden, dass das bisher gewährte Arbeitslosengeld II für diesen Personenkreis zu niedrig bemessen war.

Kurz notiert

Kassen informieren über zuzahlungsfreie Arzneimittel

Mit dem Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz (AVWG) hat der Gesetzgeber unter anderem die Grundlage dafür geschaffen, dass zahlreiche Arzneimittel von der Zuzahlung befreit werden können, wenn ihr Preis deutlich unter dem Festbetrag liegt. In nächster Zeit wird die entsprechende Befreiungsliste im Internet unter www.gkv.info für jedermann zugänglich sein.

Die Befreiungsliste gilt für alle gesetzlich Versicherten, unabhängig davon, in welcher Krankenkasse sie sind. Das Gesetz sieht dabei klare Grenzen vor, wann ein Arzneimittel von der Zuzahlung befreit werden kann. Die gesetzliche Zuzahlung wird aber auch nach dem 1. Juli weiterhin die Regel bleiben, die Zuzahlungsbefreiung ist – zumindest vorerst – die Ausnahme.

Kostenlose Hotline hilft beim Verlust der Geldkarte

Mit einem verbesserten Konzept und Service hat die servodata GmbH aus Frankfurt/Main den so genannten Sperr-Notruf bei Kartenverlust unter der kostenlosen Hotline 116 116 übernommen. Mit diesem Service, der im Auftrage des eigens dafür gegründeten Sperr e.V. organisiert wird, kann allen Verbrauchern, die ihre Geld- oder Kreditkarte sperren lassen wollen, schnell geholfen werden. Bislang können über diesen Service schon bis zu 90 Prozent aller Bank- und Zahlungskarten zeitnah gesperrt werden.

Wie unter www.anwalt-suchservice.de mitgeteilt wird, wird damit der Missbrauch, z.B. gestohlener Kreditkarten stark eingegrenzt. Auch die Banken profitieren von diesem System, da sie eine verbesserte Schadenprävention erzielen können. Deshalb fand dieses Projekt von Anfang an große Unterstützung bei Politik und Wirtschaft. Auch Verbraucherschüt-

zer sehen in der bundeseinheitlichen Hotline eine ausbaufähige Grundlage, den Missbrauch von Karten und anderen elektronischen Zugangsberechtigungen zurückzudrängen.

Verbraucher, die den Verlust ihrer Geldkarte bemerken, sollten keine Zeit verlieren und über die kostenfreie Rufnummer eine Sperrung der Karte veranlassen. Der Betreiber der Hotline setzt sich unverzüglich mit der jeweiligen Bank in Verbindung und veranlasst die zeitnahe Sperrung der Karte.

Der Service kann auch im Ausland in Anspruch genommen werden, dann jedoch mit der kostenpflichtigen Vorwahl +49 116 116. Der Verbraucher sollte den Namen des Kreditinstitutes, die Kontonummer und die Bankleitzahl parat haben. Nach einer PIN oder einer Geheimzahl wird nicht gefragt. Sollte nach der Sperrung jemand zurückrufen und nach der PIN fragen, ist Vorsicht geboten.

Katholikentag 2006: Bundespräsident fordert ein Ende der Doppelmoral in der Politik

Bundespräsident Horst Köhler hat der Politik Kurzsichtigkeit und „Doppelmoral“ auf Kosten ärmerer Länder vorgeworfen. Viele Politiker richteten ihr Handeln zu sehr nach den Perspektiven einer Wiederwahl aus, sagte Köhler. Er rief zu mehr globaler Gerechtigkeit auf.

Der Bundespräsident bemängelte bei dem Christentreffen, zu wenige Politiker brächten „ihre guten Ziele für Deutschland in Zusammenhang mit den guten Zielen für die Entwicklungsländer“. Sie predigten Marktwirtschaft und Gerechtigkeit, schauten aber im Ernstfall zuerst nach ihrem eigenen Vorteil. Das Staatsoberhaupt nannte Armut und Hunger als größte Bedrohungen für den Weltfrieden. Weiter mahnte er, in der internationalen Zusammenarbeit nicht allein auf Ökonomie zu setzen. Notwendig seien auch Werte und Spiritualität.

WTO-Chef Pascal Lamy plädierte für die Errichtung einer Weltregierung. Dieses Ziel sei zwar nicht kurzfristig zu erreichen, aber doch notwendig. Der Brüsseler Kardinal Godfried Danneels beklagte mangelnde Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen. Das Vertrauen in internationale Institutionen und Kontrollsysteme nehme deshalb immer mehr ab.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) forderte bei dem Katholikentreffen ein starkes und handlungsfähiges Europa, um „unglaubliche Ungerechtigkeiten“ wie Hunger und Armut wirksam bekämpfen zu können. Hinsichtlich der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vertrat der Minister die Ansicht, dass damit



Bundespräsident Horst Köhler, hier am Stand des Bistums Münster, forderte auf dem Katholikentag ein Ende der Doppelmoral in der Politik und mehr globale Gerechtigkeit. Foto: dialogpress

noch kein Automatismus einhergehe. Er plädierte erneut für eine privilegierte Partnerschaft statt einer EU-Vollmitgliedschaft der Türkei.

Dagegen sagte SPD-Chef Beck am Rande des Katholikentags, der von Unionspolitikern favorisierte Begriff privilegierte Partnerschaft höre sich zwar gut an. Aber im Gefühl der Türken und der muslimischen Welt heiße das „Katzenbank oder zweite Reihe“, so Beck. Der kroatische Regierungschef Ivo Sanader verlangte ein konkretes Datum für den Beitritt seines Landes zur EU.

Erneut ging es bei dem Katholikentag auch um das Thema Integration. Die

frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) rief zu einem Umdenken der Politik auf. „Nur mit Abwehr und Konfrontation werden wir unser Zusammenleben nicht gestalten können“, sagte Süssmuth.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), mahnte hierbei, die Eingliederung von Ausländern sei nur durch ein breites ehrenamtliches Engagement zu schaffen. Dabei seien Deutsche und Einwanderer gleichermaßen gefordert. Mit Blick auf den Umgang von Gesellschaft und Medien mit Muslimen bemängelten Experten Pauschalurteile und Klischees.



Die Aktivitäten auf dem Katholikentag waren vielfältig: Tanz, Lagerfeueratmosphäre mit Jugendbischof Bode oder einfach diskutieren. Fotos: dialogpress



Die Fußball-Weltmeisterschaft war ein rauschendes Fest. Der Sport hat dabei scheinbar unüberwindbare Hürden genommen.

Foto: dialogpress

Der Fußball hat es gezeigt: Der Sport verbindet Kontinente, Kulturen und Religionen

Deutschlands Fans und die Organisatoren der Fußball-WM bekommen Lob vom ranghöchsten diplomatischen Vertreter des Papstes in der Bundesrepublik. Das Land habe sich in den vergangenen Wochen in beeindruckender Weise als weltoffen und voller Lebensfreude gezeigt, sagte der »Doyen« des Diplomatischen Korps, der Botschafter des Vatikan, Erzbischof Erwin Ender. Die Stimmung auf den Straßen und in den Stadien in den vergangenen Wochen sei wunderschön gewesen.

Es sei zu hoffen, dass die deutschen Fans sich mit der gleichen Aufmerksamkeit und Begeisterung für die WM und die Situation im Gastgeberland Südafrika interessierten, wenn das Großturnier 2010 erstmals auf dem Schwarzen Kontinent ausgetragen werde, betonte der Apostolische Nuntius. Schon bei der jetzigen Weltmeisterschaft sei deutlich geworden, dass

Afrika weit mehr bedeute als Bilder von Krisen und Kriegen. Ender verwies auf den zumeist friedlichen Charakter, der Innenstädte und Fan-Feste geprägt habe. Die vielen Hunderttausenden auf den Straßen hätten das Bild geprägt. Auch zahlreiche Diplomaten anderer Länder hätten sich beeindruckt gezeigt von der herzlichen Art, wie Deutschland das Großereignis Fußball-Weltmeisterschaft bewältigt habe. Deutlich geworden sei, wie sehr Sport völkerverbindend wirken und Grenzen von Kontinenten, Kulturen oder Religionen überwinden könne. Anerkennung zollte der Erzbischof auch der Mannschaft des Gastgebers. Sie habe mit ihrer menschlichen und aufrichtigen Art viele Sympathien gewonnen und könne sich zu den Siegern des Turniers zählen.

Erfreut haben sich auch die Hamburger Deutschtürken über den bei der Fußball-Weltmeisterschaft entstande-

nen Gemeinschaftsgeist gezeigt. Die WM habe auch vielen der hier lebenden Nichtdeutschen ein Gefühl der Zugehörigkeit vermittelt, »auch wenn man ganz offensichtlich kein Verfechter deutschen Leitkultur war«, heißt es in einer Erklärung der Türkischen Gemeinde Hamburg (TGH). Deutschland habe sich als guter Gastgeber mit dem dritten Platz begnügt und sei »Weltmeister der Herzen«.

»Egal welche Fahne man schwenkte, dies wurde auf den Fanmeilen akzeptiert und am Ende verbrüdete man sich und feierte gemeinsam«, so die TGH. Zu hoffen sei, dass es gelinge, das Gefühl zu erhalten und in praktische Politik umzusetzen.

»Das aber heißt, den Menschen nicht-deutscher Herkunft stets zu vermitteln, dass sie willkommen sind und dazu gehören.« Dazu zähle in erster Linie Chancengleichheit auf allen Gebieten.

Perfekt vorbereitet: Wenn der Papst seine Heimat besucht

Wenn einer eine Reise tut, dann muss er vorher erst mal planen. Der Papst hat's da gut, denn diese Arbeit wird ihm abgenommen.

Der Reisemarschall des Vatikan kümmert sich um all die lästigen Details: Alberto Gasbarri war Anfang April vier Tage in Bayern unterwegs und regelte vor Ort die noch offenen Fragen der Reise, die vom 9. bis 14. September stattfindet. Immer an seiner Seite war der bayerische Gesamtkoordinator, Armin Wouters vom Erzbistum München und Freising. Denn auch in den Bistümern, die Benedikt XVI. besuchen wird, gibt es eigene Planungsstäbe. Schließlich soll alles perfekt laufen, wenn der hohe Besuch durch die Lande zieht.

Eine Überraschung hatte der ansonsten sehr pressescneue Gasbarri im Gepäck: Wie Kardinal Wetter bekannt gab, wird die alte Bischofsstadt Freising auf ausdrücklichen Wunsch des

Heiligen Vaters in das Besuchsprogramm aufgenommen.

Offen war lange, ob Benedikt XVI. auch seinen Geburtsort Markt am Inn besuchen wird. Nun konnte der Passauer Bischof Wilhelm Schreml der oberbayerische Gemeinde die frohe Botschaft verkünden: Auf persönlichen Wunsch will der Pontifex am 11. September von Altötting aus einen Abstecher nach Markt machen.

Das Reiseprogramm selbst wird mit Rücksicht auf den Papst gestaltet: Schließlich wird Benedikt XVI. bei seiner „Tour de Bavaria“ 79 Jahre alt sein. So soll es nicht mehr als zwei größere Veranstaltungen pro Tag geben, und nach 20 Uhr hat der prominente Gast seine Ruhe. Klar ist auch: Noch vor dem Beginn des Oktoberfests am 16. September ist der Heilige Vater wieder in Rom. Ein Besuch auf der Wiesn wäre auch sicher nichts für ihn.



Bereitet sich nach dem Weltjugendtreffen auf seinen zweiten Deutschlandbesuch vor: Papst Benedikt XVI..
Foto: dialogpress

Vorsicht bei Strom im Haushalt



Der Strom im Haushalt ist vielen Menschen ein Rätsel, an das man besser nicht rührt. Die oft bittere Folge: Ein Stromschlag oder durch poröse Leitungen, zum Beispiel am Bügeleisen, verursachte Brände. Tipps zum Umgang mit der unsichtbaren Gefahr gibt jetzt das Faltblatt „Sicherer Umgang mit Strom“, das die Aktion DAS SICHERE HAUS (DSH), Hamburg, zusammen mit dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Berlin, herausgegeben hat.

Das Informationsblatt bietet praktische Hinweise zum Gerätekauf, informiert über die tödliche Kombination von Strom und Wasser und über die Reparatur von defekten Geräten: Sie sollte möglichst nur Fachleuten anvertraut werden.

Weitere Themen sind Kindersicherungen und der Fehlerstrom-Schutzschalter. Dieser Schalter, auch als FI-Schutzschalter oder RCD bekannt, schaltet einen Stromkreislauf innerhalb von Sekundenbruchteilen ab, wenn dort Fehlerströme fließen. Bei Stromunfällen im Bad, bei defekten Pumpen von Aquarien oder bei mit Strom betriebenen Rasenmähern ist dieser Schalter im Ernstfall oft der einzige mögliche Lebensretter.

Das kostenlose „Strom“-Faltblatt erhalten Interessierte gegen Einsendung einer Postkarte an die:

Aktion DAS SICHERE HAUS (DSH)
Stichwort: „Faltblatt“

Holsteinischer Kamp 62
22081 Hamburg.

Kurz notiert

Kindererziehung bei der Rente berücksichtigen

Der Deutsche Familienverband hat eine stärkere Berücksichtigung der Kindererziehung in der Rente gefordert. Es sei eine große Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft, dass Eltern die gleichen Beiträge zahlen wie Kinderlose, sagte Verbandspräsident Albin Nees in Berlin. Er verwies auf das Bundesverfassungsgericht, das bereits 2001 vorgegeben hatte, die Beitragsgestaltung der Rentenversicherung zu prüfen.

Familien investierten mit ihren Beiträgen und ihrem Nachwuchs doppelt in die Zukunft der umlagefinanzierten Alterssicherung, betonte Nees. Die Erziehung von Kindern müsse sich beitragsmindernd und leistungssteigernd auf die Rente auswirken. Ansonsten blieben alle familienpolitischen Bemühungen Stückwerk.

Erdgasfahrzeuge finden mehr Akzeptanz

Erdgasfahrzeuge finden bei den Profis immer größere Akzeptanz. „Auf die ständig steigenden Preise für Benzin und Diesel reagieren viele Unternehmen, die eigene Fahrzeugflotten unterhalten, mit der Umstellung ihres Fuhrparks auf Erdgasfahrzeuge,“ sagt Prof. Dr. Norbert Hüttenholscher, Leiter der Energieagentur NRW. Denn: Durch die Mineralölsteuerbegünstigung von Erdgas als Kraftstoff bis zum Jahr 2020 spare der Autofahrer im Schnitt rund 30 Prozent gegenüber Diesel und 50 Prozent gegenüber Benzin. Ein Vergleichstest der Universität Wien bescheinigt dies: Eine Flotte mit zehn Lieferfahrzeugen spart demnach über eine Nutzungsdauer von vier Jahren rund 30.000 Euro.

Das bestätigt jetzt auch Thomas Mohorn, Geschäftsführer Marketing und Vertrieb der Firma transo-flex: „Die Umstellung unseres Lieferverkehrs auf Erdgas bedeutet für uns eine enorme Kostenreduzierung“.



Gerade während der Fußball-Weltmeisterschaft stieg auch der Fernsehkonsum bei Kindern.

Eltern sind Vorbild beim Fernsehkonsum

Das Problem kennen viele Eltern: Die Kinder wollen am liebsten stundenlang fernsehen oder am Computer spielen. „Elektronische Medien gehören zu unserem Leben dazu. Den Umgang damit müssen Kinder allerdings erst lernen. Eltern sollten sie dabei unterstützen“, sagt Karin Schreiner-Kürten, Diplom-Psychologin und Psychotherapeutin beim AOK-Bundesverband. Viele Eltern sind jedoch unsicher, wie sie es richtig machen können. Tipps erhalten sie bei der Aktion „SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen.“ Das ist eine Initiative des

Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Medienverhalten von Kindern und Jugendlichen.

Ziel der Aktion SCHAU HIN! ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema „Kinder und Medien“ und die Elternaufklärung über die Angebote elektronischer Medien und deren Handhabung. Die AOK unterstützt diese Kampagne. Kooperationspartner sind außer dem Bundesfamilienministerium das Unternehmen Arcor, die Fernsehsender ARD und ZDF und die Zeitschrift TV Spielfilm.

Leserbrief

Vorsicht bei Neppern

Ausgabe 1/2006: Nepper, Schlepper, Bauernfänger

Zu dem obengenannten Artikel habe ich in einer Zeitschrift folgendes gefunden: „In letzter Zeit verschicken Betrüger verstärkt fingierte Rechnungen an Verbraucher. Darin werden sie aufgefordert, Waren zu bezahlen, die sie weder bestellt noch gekauft haben. Wer nicht reagiert, erhält einen Mahnbescheid. Viele Bürger halten die Briefe für Irrläufer und werfen

sie in den Papierkorb. Ein Fehler, vor dem die Schleswig Holsteinische Rechtsanwaltskammer warnt. Wer Mahnbescheiden nicht innerhalb von zwei Wochen beim Amtsgericht widerspricht, akzeptiert die Forderung und muss zahlen. Auch, wenn er nichts bestellt hat.“

Hubert Mehltitz
Stettiner Str. 6
59379 Selm

Delegiertenversammlung: Vorstandswahlen verliefen reibungslos



Reinhard Stumm, 1. Vorsitzender des Gesamtverbandes, setzt weiter auf die aktive Mitarbeit der Mitglieder.

Einstimmig verliefen die Wahlen zu den Vorständen der einzelnen Diözesanverbände. Die Ergebnisse:

Diözesanverband Aachen

Walter Schmitz (Aachen) als Vorsitzender, Achim Schulz (Aachen) und Andreas Hesener (Münster) als Stellvertreter. Pastor Denis van de Laak (Eschweiler) als Geistlicher Beirat. Kurt Lauer (Eschweiler), Matthias Bergmeier (Meerbusch), Heinz Tiemann (Herzogenrath-Merkstein), Willy Seidel (Herzogenrath), Michael Seiffert (Düren), Aldo Postir (Düren) und Elke



Fand mutmachende Worte für eine gute Nachbarschaft: Geistlicher Beirat des Diözesanverbandes Münster, Clemens-August Holtermann

Kessels (Eschweiler).

Diözesanverband Essen

Lothar Schäfer (Bochum-Höntrup) als Vorsitzender, Werner Piotrowski (Witzenhausen), Kurt Gahlmann (Lüdenscheid), Ulrich Herker (Bochum-Weitmar) und Andreas Hesener (Münster) als Stellvertreter.

Prälat Paul Neumann (Bochum-Watenscheid) als Geistlicher Beirat. Alois Achermann (Hattingen), Rudolf Kleverbeck (Hattingen), Adelgunde Pfülf (Gelsenkirchen), Günter Buchholz (Hattingen), Bernhard Pries (Essen), Norbert Klees (Hattingen-Blankenstein).

Diözesanverband Köln

Heinz Erkens (Köln) als Vorsitzender, Josef Büscher (Pulheim), Reinhard Stumm (Bergheim-Kenten), Johannes Oeser (Köln) und Andreas Hesener (Münster) als Stellvertreter. Pfarrer Hans-Gerd Wolfgarten (Kerpen-Sindorf) als Geistlicher Beirat. Albert Peter (Köln), Paul Brücker (Pulheim) und Bernhard Rudl (Bergheim).

Diözesanverband Münster

Albert Nasse (Hamm) als Vorsitzender, Bernd Lindner (Münster), Andreas Hesener (Münster) und Manfred Opgenorth (Bedburg-Hau) als Stellvertreter. Pfarrer Clemens-August Holtermann (Oer-Erkenschwick) als Geistlicher Beirat. Dr. Georg Monse (Havixbeck), Adelheid Bancken (Münster), Paul Peters (Werne), Bernhard Laukamp (Coesfeld), Josef Schweins (Oelde), Klaus Muhle (Selm), Hans-Joachim Reichstein (Senden), Thomas Richters (Coesfeld).

Heizölbestellungen für ganz NRW

Da das VKS- Heizölangebot für ganz NRW gültig ist, haben sich die Bestellungen der Mitglieder vervielfacht. Das einzelne Mitglied der Verbände braucht nicht mehr auf Sammelbestellungen zu warten. Die Haushalte können bestellen, wie Geld und Vorrat zur Verfügung stehen. Die Familienheimbewegung als Ausrichter der Aktion kann flächendeckend in Nordrhein-Westfalen preiswert die Mitglieder beliefern lassen. Von den



Geschäftsführer Andreas Hesener zeigte sich mit der Entwicklung des Verbandes zufrieden, die Entwicklung in der Politik bereitet ihm zuweilen Kopfschmerzen.

Diözesanverband Paderborn

Manfred Sperling (Minden) als Vorsitzender, Hermann-Josef Geismann (Hemer) und Andreas Hesener als Stellvertreter. Bodo Rosenkranz (Bad Driburg), Werner Hammerhofer (Lünen), Hans Siebers (Geseke), Knut Miertzschke (Iserlohn), Stephan Rabe (Hamm), Jürgen Stach (Herne), Helmut Althoff (Hamm), Manfred Filipponi (Bergkamen) und Christoph Imming (Herdecke).

Siedlerschaften können Sammelbestellungen kommen, sie sind aber nicht zwingend. Bestellungen von Straßengemeinschaften haben zusätzliche Preisvorteile, wenn die einzelne Zapfstelle über 3.000 Liter liegt. Kleinere Stücklungen sollten durch laufende Bestellungen erfolgen.

Hierzu gibt es nähere Informationen auf den Internetseiten: www.vks-essen.de und www.familienheimbewegung.de.

Die Delegierten im Strommuseum Recklinghausen



Nach dem Sitzungsmarathon in der Stadthalle Recklinghausen besichtigten die Delegierten das Strommuseum.



Personalie

Kurt Lauer: Abschied nach 40 Jahren

Nach 40 Jahren als 1. Vorsitzender der Siedlergemeinschaft „Heidesiedlung“ Eschweiler-Pumpe kandidierte Kurt Lauer nicht mehr für diesen Vorstandsposten. Sein Amt übernahm nun Elke Kessels. Auf die Erfahrung ihres Vorgängers braucht sie aber nicht zu verzichten. Lauer bleibt als Kassenwart im Vorstand.



Ihre kompetente Adresse im Internet: www.familienheimbewegung.de